



GRÜNE Gemeinderatsfraktion
Haus der Fraktionen
Hebelstr. 13- 76133 Karlsruhe
Tel. 0721/29155
e-mail: gruene@fraktion.karlsruhe.de
www.gruene-fraktion-ka.de

Bundesminister Robert Habeck
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

In Kopie an:

Dr. Franziska Brantner
Parlamentarische Staatssekretärin
11019 Berlin

Per Mail: poststelle@bmwk.bund.de, ministerbuero@bmwi.bund.de, buero-pst-b@bmwi.bund.de

Schreiben von grünen Fraktionen aus baden-württembergischen Städten und grünen Kreisverbänden

„Tankrabatt“ verhindern – keine sozial- und klimaschädlichen „Entlastungen“

Lieber Robert Habeck,

in den vergangenen Tagen ist die Debatte um gestiegene Energiekosten immer präsenter geworden. Doch befürchten wir, dass sich diese zu stark auf die Preise für Benzin und Diesel an den Tankstellen fokussiert. Die Forderungen nach einer „Spritpreisbremse“ oder einem „Tankrabatt“ werden lauter und drohen diese Debatte zu dominieren.

Wir nehmen wahr, dass Du als Wirtschafts- und Klimaschutzminister und auch viele grüne Bundestagsabgeordnete diese Ideen nicht unterstützen. Wir möchten Euch mit diesem Brief in dieser Haltung unterstützen und eindringlich darum bitten, diese Position nicht aufzugeben. Eine pauschale „Entlastung an der Tankstelle“, egal in welcher Form, widerspricht unseren grünen Positionen in der Klimapolitik wie auch der Sozialpolitik fundamental. Eine Zustimmung in der Regierung und im Bundestag könnten wir vor Ort nicht verteidigen.

Jegliche Preissenkung pro Liter Benzin oder Diesel unterstützt finanziell diejenigen am stärksten, die mehr Treibstoff verbrauchen. Es würde ein Signal gesetzt, dass alles so weitergehen könnte wie bisher. Die temporären Maßnahmen wie Tempo 100 oder Autofreie Sonntage als Reaktion auf die Ölkrise 1973 sind Beispiele dafür, dass auf steigende Kraftstoffpreise auch anders reagiert werden kann.

Auf Grund des Kriegs in der Ukraine und unserer Abhängigkeit von russischen Rohstoffimporten ergeben sich Kostensteigerungen durch hohe Preisspekulationen. Es ist einerseits gut, diese kartellrechtlich kritisch zu hinterfragen. Andererseits stellt sich auch die Frage, in welchem Umfang Deutschland damit den russischen Staat und dessen Kriegsführung mitfinanziert. Die insbesondere von CDU und FDP vorgeschlagenen Modelle würden diese Abhängigkeit weiter befeuern.

Nicht nur wäre ein „Tankrabatt“ klimapolitisch schädlich und sozial ungerecht, auch würde dadurch wesentlichen finanziellen Belastungen der Bevölkerung überhaupt nicht begegnet. Immerhin wurde der Heizkostenzuschuss kurzfristig erhöht. Wenn aber durch ansteigende Energiepreise die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen, dann sollte vor allem denjenigen mit wenig finanziellem Spielraum geholfen werden. Gerade den Menschen, die sich kein Auto leisten können, ist damit überhaupt nicht geholfen. Sie würden weiterhin unter den hohen Energiepreisen und Heizkosten leiden.

Wenn der Bund nun also bereit ist, in einer Größenordnung von 500 Millionen bis zu einer Milliarde Euro oder sogar noch mehr pro Monat für Entlastungen auszugeben, dann darf dieses Geld nicht als klimaschädliche Subvention den Mineralölkonzernen zufließen. Unsere Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten darf nicht nur eine Automobilpolitik sein, eine grün geprägte Wirtschaftspolitik schon gar nicht.

Wir versprechen uns perspektivisch von einem steigenden CO₂-Preis in Verbindung mit einem Klimageld als sozialen Ausgleich einen wirksamen Beitrag, unser CO₂-Budget doch noch irgendwie einzuhalten. Die aktuelle Benzinpreisdebatte zeigt eindrücklich, wie wichtig diese Verknüpfung aus ambitioniertem Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ist. Wenn uns das in dieser Koalition nicht gelingt, sind unsere Klimapolitik und unser Beitrag am Pariser Abkommen zum Scheitern verurteilt.

Wir möchten euch sehr darin unterstützen, in der Koalition und im Bundestag für soziale und wirtschaftliche Entlastungsmaßnahmen zu kämpfen, die den Menschen mit wenig Geld am meisten helfen, und für Maßnahmen zu kämpfen, die gleichzeitig ein energieeffizientes und ressourcenschonendes Verhalten unterstützen. Nur letzteres wird uns auf dem Weg in eine Unabhängigkeit von autokratischen Staaten weiterbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karlsruhe

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mannheim

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Heidelberg

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Freiburg

Fraktion AL/Grüne Tübingen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rastatt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinstetten

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sinzheim

Fraktion Grüne Liste Bad Schönborn

Kreisverband Karlsruhe

Kreisverband Emmendingen

Kreisverband Pforzheim und Enzkreis

Kreisverband Odenwald-Kraichgau

Kreisverband Neckar-Odenwald

Kreisverband Zollernalb

Kreisverband Ettligen

Kreisverband Böblingen

Kreisverband Wangen

Kreisverband Göppingen